

## Begugs.-Preis

in der Hauptexpedition oder deren Filialen abzehalt: vierzigpfennig A 8.— bei gewöhnlicher Postlieferung ins Ausland A 8.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierzigpfennig A 4.50, für die übrigen Länder und Seelandpreise.

## Redaktion und Expedition:

Schumannstraße 8.

Gesamtpreise 150 und 220.

Filialexpeditioen:

Ulrich Gehr, Buchdruckerei, Untermarkt 8,  
2. Stock, Schauspielhaus, 14. u. Königsg. 7.

## Haupt-Filiale Dresden:

Stadtkirche Straße 6.

Gesamtpreise I. R. 1 Nr. 1718.

## Haupt-Filiale Berlin:

Carl Lüder, Herzl. Vorz. Hofbuchdruckg.,  
Königstrasse 10.  
Gesamtpreise I. R. VI Nr. 4608.

## Abend-Ausgabe.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,  
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 117.

Donnerstag den 5. März 1903.

## Politische Tagesschau.

\* Leipzig, 5. März.

### Eisenbahnen im Reichstage.

Im Gegensatz zu verschiedenen seiner preußischen Kollegen, die es ablehnen, im Reichstage auf die Beschwerden der Reisenden aus dem Hause zu antworten, war gestern der Eisenbahnminister Budde im Reichstage erschienen, um bei der zweiten Beratung des Staats- und Reichsvertragsabnahmes, dessen Über er ist, seine Kritik und Antwort zu liefern. Sein Neues konnte er freilich, naddem er jedoch erst im preußischen Abgeordnetenkabinett sein Vorsitzungsamt bekleidet, nicht sagen. Hervorgehoben sei nur, daß er der falschen Auslösung gegenüberstand, er habe sich im Abgeordnetenkabinett ablenken gegen das Verlangen nach einer Personentarifreform verhalten. Nur gegen Empfehlungen aus diesem Gebiete habe er sich erklärt, die vom Ende einer einheitlichen Regelung im ganzen Reiche sich entfernen würden. Man wird ja se, wo diese Empfehlung beherigt werden soll, ihr Gewicht nicht verleugnen. Um übrigens drehten sich die Verhandlungen hauptsächlich um das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter, um eine Frage also, über die man selbst im sozialdemokratischen Lager nicht einig ist. So besteht bejüglich dieser umstrittenen Rechte zwischen dem "Vorwärts" und dem "Weltkrieg", dem Organ des sozialdemokratischen Eisenbahnarbeiterverbandes, eine Meinungsverschiedenheit grundsätzlicher Art. Während nämlich der "Vorwärts" der Meinung ist, daß die preußischen Eisenbahner, als der Reichsgenossenschaft nicht unterstellt, auf Grund der preußischen Besafung das Koalitionsrecht hätten, in der "Weltkrieg" der Ansicht, daß die Eisenbahner wegen des § 6 des Generoberordnung das Koalitionsrecht nicht besitzen. Der "Weltkrieg" streicht in dieser Beziehung:

"Was der § 6 der Generoberordnung betrifft, der die Eisenbahner von dem Gebrauche des Koalitionsrechtes — unserer Ansicht nach in durchaus widerrechtfertiger Weise — ausschließt, so trifft dieser Paragraph sicher nicht auf die Eisenbahn, die in den Eisenbahnarbeiter beschäftigt sind, zu, ebensoviel wie auf diejenigen Arbeiter, die nicht Eisenbahner angestellt sind. ... Es muß aber stets der Arbeitnehmervertreter im deutschen Reichstage immer wieder hinweisen, daß dieser Paragraph aus der Generoberordnung daher abgesondert wird, daß er auf die in dem Paragraphen angeführten Gewerbe beschäftigten Arbeiter keine Anwendung findet."

So der "Weltkrieg" am 28. Februar b. J. Da grundlegender Vereinbarung mit dem "Vorwärts" hat gestern Herr Budde im Reichstage vor, ohne dieser Tatsache im preußischen Abgeordnetenkabinett den Eisenbahnen das Recht, sich zu vereinen, nicht bestreiten, sondern unbedingt zu gestanden; tatsächlich besteht ja auch eine große Zahl von Zusammenschlüssen der Eisenbahner, die sogar von oben gefordert werden. Aber Herr Budde hat zugleich mit größter Entschiedenheit erklärt, daß er jede Vereinigung an Unionsbestrebungen, d. h. wohl an Verträgen, die Sicherheit des Reiches und die Erfüllung der Verkehrsauflagen in Frage stellen, verhindern werde. Hierin pflichtet dem Minister, unter der Verantwortung der Abteilung jenseits vorbaner Wissens, die "Soziale Praxis" "Rückhalt" bei. Das genannte Organ der Sozialreformer befürwortet es als die erste und heimliche Frist des Eisenbahnministers, dafür zu sorgen, daß die ihm anvertraute Verwaltung sich in gegebenen Fällen bewege und der Verkehr sich ordnungsmaßig abwickele. Wie die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter", schreibt die "Soziale Praxis" weiter, "mit der Erfüllung dieser Pflicht der Verwaltung in Kon-

tritt gerät, müssen für jene Schranken gezogen werden. Das öffentliche Wohl, das heute in beträchtlichem Maße von dem Eisenbahnverkehr abhängt, geht den auf Selbstwillie gerichteten Bestrebungen eines Einzelnen oder selbst einer Klasse vor." Wann und wo diese Schranken aufzurichten seien, lasse sich nicht ein für allemal, sondern nur vor Fall zu Fall feststellen. Weite eine grundsätzliche Lösung verflucht, so erscheine als der einzige Ausweg mehr und mehr die Arbeit der Staatsbetriebe mit den vollen Rechten der angestellten Beamten in Dring auf Sicherung des Reiters, Anwohner nach dem Diensthalter, Personen u. w. anzuhalten, wobei jedoch die Pflichten der Beamten in vollem Umfang übernommen werden müßten. Minister Budde hat sich gestern über diesen Vorschlag nicht erkämpft, aber die Schaffung einer neuen Beamtenkasse im preußischen Eisenbahnkabinett und im Reichsstaat zeigt an, daß man im Reiche und in Preußen gleichfalls an diesen Weg denkt.

### Die Interpellation über den Triener Vorfall

ist, wie die "Germania" behauptet, ausgelassen wie das bekannte "Hornberger Schießen". Auf gleicher Linie mit dieser Behauptung steht die weitere, die Rechte des Abgeordneten Roeren sei eine "wahre Equivalenz" gewesen. Es ist wohl möglich, daß man im ultramontanen Lager die Geschichte so bald, als es angeht, der Vergessenheit überliefern möchte, denn unmittelbar vor den Hessengesetztagen hatte der Bischof des Bistums Worms doch ein Votum abgelehnt, der einen hellen Schein auf die Lage wünschte; die protestantischen Kreise des Volkes haben aufs neue eine Auflösung darüber erhalten, daß der Kampf der römischen Kirche gegen den Staat war, die moderne Entwicklung niemals aufzuhalten, sondern nur zeitweilig zurückgestellt wird, wenn man auf Grund dieser Tatsat politische Freiheiten waden kann. Die "Germania" verläßt weiter, das Zentrum könne mit dem Verlauf der Interpellation zufrieden sein als seine Gravier. In Wirklichkeit haben die Centrumstrebende Dittmar und Rooren berührt schlecht abgeschnitten, wie das wederholte Gnädiger, daß ihnen aus allen Parteien entgegenkäme, bewiesen hat; die Gründer der Partei hatten sich vorsichtig gemacht, weil sie wußten, daß für sie in diesen Auseinandersetzungen keine Ehren zu dolen waren, sie überhaupt wünschten die Absetzung, auf die schweren Angriffe aller Parteien zu erwidern, denn Abg. Rooren, der als parlamentarischer Abgeordneter bekannt ist. Unter diesen Umständen kann man nur darüber lachen, daß die "Germania" behauptet, es sei von Seiten der nationalliberalen Fraktion offenbar ein schwerer Fehler jeder gewesen, in dem vorliegenden Triener Schulstreit das schwarze Gedächtnis einer Interpellation aufzuführen, statt dies aus einem Zeitungskreis hervorgegangene Auseinander zu halten, auch weiter als Zeitungskreis erörtern und zum Abschluß bringen zu lassen. Es wäre wohl dem Ultramontanismus erwünscht gewesen, wenn die Angelegenheit unter der Haube beigelegt worden wäre, allein die preußischen Nationalliberalen waren ihrer Vergangenheit nach verpflichtet, die Sache im Abgeordnetenkabinett vor Sprache zu bringen, damit der Regierung Gelegenheit gegeben werde, flat auszusprechen, wie sie ihre Autorität und Würde gegenüber dem Bischof eines überzeugten Bischofs wahren will. Die Interpellation war nicht auf den Kulturrechtsstreit gekommen, wie die "Germania" behauptet, denn die Nationalliberalen wolle von dem Kulturrechtsstreit "unheilige Angewandte", wie der Abg. Hakenberg ausdrücklich versicherte, nichts wissen. Wenn jemand den Kulturrechtsstreit verabschiedet hätte, so ist es der Bischof von Trier gewesen, der gegen die staatliche Schule mit den Zeichen der Kirche vorgegangen ist, ohne daß irgend ein Anlaß dazu vorgelegen hätte. Erstler als die Auslassungen der "Ge-

mania" über den Verlauf der Interpellation sind übrigens die Besuch des Blattes zu nehmen, den Gegenstand der Verhandlungen der preußischen Regierung mit dem Bischof über den Ertrag des Bischofs zu wechseln und an die Stelle der Verhandlungen sollte über die Triener Schulverhältnisse zu schicken. Durchaus zutreffend bemerkte die "Ratzeitung" in diesem Berichtsabschnitt: "Der Staat kann mit der Kürze verbündet, um ihr Platz zu machen, doch eine kirchliche Anordnung zuwidrig geworden werden müsse, wenn nicht gleichzeitig eintraten sollen, welche der römischen Kirche Jahr zu Jahr nicht kommen seien würden, aber eine preußische Regierung, welche mit dem Papst über die Einrichtung preußischer Schulen verhandelt, würde jede Spur von Ansehen einbüßen und die große Weisheit des preußischen Volkes zu unbegreiflicher und schändlicher Opposition herausfordern. Wie haben aus den Erklärungen des Grafen Villow und des Ministers Sturt nicht entnommen, daß man daran denkt, sich mit der römischen Kirche auf Erörterungen über die Triener Schulen einzulassen. Die Herausforderung des Staates durch die Bekanntmachung des Bischofs vorum und die Frage, ob über unbedeutende Einzelheiten der Triener Schulverhältnisse katholischerseits Beschwerden erhoben werden können — was bis jetzt höchst zweifelhaft ist —, dürfte nicht vermieden werden; ließe die Regierung sich auf eine derartige Verhandlung der Sache ein, so würde sie anerkennen, daß Bischof Jo oder ähnlich, wie Herr Dr. Sturt, vorzugeben berechtigt oder dabei doch wenigstens entlastigt seien, sobald sie glauben, sich über ein Stadtkonzept in einem Schulebach oder über die Verteilung des Unterrichts zwischen evangelischen und katholischen Lehren an einer paritätischen Schule beschlagen zu können. Es wäre dann eine endgültige Sache der Souveränität des preußischen Staates auf einem der wichtigsten Gebiete der staatlichen Tätigkeit."

### Wladislaus Nieder †.

Im Alter von 8 Jahren ist in Prag der bedeutende tschechische Staatsmann gestorben, nachdem er schon seit 15 Jahren fast ganz von dem politischen Schauspiel verabschiedet war, auf dem er sich ein halbes Jahrhundert als hervorragende Rolle gespielt hat. Im Jahre 1818 zu Semil im Kreise Südmähren geboren, stand Prinz Wladislaus Nieder die böhmische Nationalaufklärung ein, die er aber 1848 infolge eines politischen Prozesses aufgab. Dieser Prozeß trug ihm aber die Wahl in den Nationalausschuß ein. Als Mitglied des österreichischen Reichsrates entwidmete er sich bald zum anerkannten Vorwärts der Tschechen Partei, der er auch schriftstellerisch und journalistisch diente. So schrieb er "Les Slaves d'Autriche", ferner "Bohmen, Land und Volk" u. a., auch gründete er mit Robert die böhmische Nationalencyclopädie. Daraufhin aber veröffentlichte er nationalökonomische Schriften, wie "Ueber immobiliäre Güter und deren Bedeutung für die Nationalökonomie" u. a. Als im Jahre 1860 infolge des Österreichdiplooms die Gründung einer tschechischen Nationalpartei erfolgt war, trat er mit seinem Schwestern, dem tschechischen österreichischen Palacký, an die Spitze dieser Partei und führte im Reichsrat einen föderalistischen Programms auf. Im Jahre 1868 stellte er die nationalen Forderungen der Tschechen auf und unterzeichnete die Declaration des böhmischen Staatsvertrages. Auf sein Begegnen zwischen diesen beiden Tatsachen von 1859–1879 dem Reichstag wie dem böhmischen Landtag lernte. Unermüdlich agierte Nieder im Bunde mit denudalen und ultramontanen für Wiederherstellung der Selbständigkeit der Böhmenkronen und leitete 1871 unter dem Ministerium Hohenwart die Verhandlungen mit diesem über eine föderalistische Gestaltung Österreichs, die indessen scheiterten. Nachdem

1879 unter dem Ministerium Taaffe die Tschechen wieder in den Reichsrat einzetreten waren, ward N. einer der führenden der föderalistischen Regierungsmehrheit und das unbedeutende Vorwerk der altsächsischen Fraktion. Als solches erhielt er an seinem 70. Geburtstage ein Nationalgedenk von 100.000 Gulden. Aber infolge des Aufstands der Jungtschechen fand Nieder Günstig allmählich. Er hatte den Ausgleich mit den Deutschen von 1860 herbeiführen helfen, den die Jungtschechen befürworteten. Auch wurde es ihm von den radikalsten Tschechen verübt, doch er das Bündnis Österreichs mit Deutschland anerkannte und die Hoffnungen, welche das Jungtschechen auf das panlawistische Reich legte, nicht teilte. Bei den Reichstagswahlen von 1891 wurde Nieder ebenso wie die meisten Mitglieder der altsächsischen Partei nicht wiedergewählt, und er zog sich von da an fast ganz vom politischen Leben zurück. 1897 wurde er ins Herrenhaus berufen und in den Freiherrnstand erhoben.

### Die Boerengeneräle.

Zwischen den Boerengenerälen Vorha, Delarey und De Wet auf der einen und Viljoen auf der anderen Seite ist seit längerer Zeit ein Zwist ausgebrochen. Viljoen hatte es diesen Abel genommen, daß sie ihn nicht mitgenommen hatten, als sie nach Europa reisten. Schowalter befürchtet den Fall in der "Tgl. Adh.", Er sagt, die drei Generäle hätten dazu keinen Auftrag und keine Ernährung; aber Viljoen empfand es als eine schmerzhafte Zurückstellung, daß sie ihm trotzdem nicht zur Mittelreise auftreten durften. Er reiste deshalb allein mit dem nächsten Schiff nach Europa und wußte jede Verübung mit den drei Generälen. Chamberlain suchte diesen Zwistpunkt auszuspielen, indem er Viljoen gegen die drei Generäle vorwies; aber damit prahlte er an der Feindseligkeit der Generäle ab. Als er ihnen erklärte, er könne sie nun nicht mit Mitgliedern des gezeigten Rates für Transvaal vorbringen, erwiderten Delarey:

"Excellenz überheben und damit der Wille des Menschen. Ich für meine Person denke gar nicht daran, eine politische Rolle spielen zu wollen, denn ich bin ein Bauer. Ich werde mein Haus aufbauen und meine Farm bebauen, und das wird mich völlig in Anspruch nehmen. Wenn ich daneben etwas für mein Volk tun, so ist es gern, auch ohne daß ich Mitglied eines Rates bin... Wenn Excellenz mich dazu brauchen, bin ich bereit." Hier hieß es, um endlich hinzuzufügen: "Und Excellenz werden mich brauchen."

Schowalter befürchtet die persönlich schwierige Rolle Viljoens und bedenkt, daß die Generäle ihn nicht verloren und ihm nicht für die gemeinsame Arbeit gewonnen haben, und würde es bedauern, wenn es den Engländern gelänge, ihm für sich zu gewinnen und gegen die drei Generäle auszuspielen. Schowalter schreibt deshalb gegenüber anderen Meinungen, die dahin geben, daß die drei Generäle sich durch ihre Schrödigkeit unmöglich gemacht, Viljoen aber nicht genau habe und befürchtet, eine Rolle zu spielen. — Wir aber, die wir diese Ansicht über Viljoens Vergehung teilen, aber auch die politischen Fähigkeiten der übrigen Generäle nach Bedarf zu schätzen wissen, können nur wünschen, daß diese Helden den Weg zu gemeinsamem einträchtigen Widerstand finden. Vorha, De Wet und Delarey ohne Viljoen hätten eine mächtige Partei, die "Föderationspartei", zu bekämpfen neben den englischen Dingoes und den Handbuppen noch eine andre, und in diesen inneren Kämpfen würden sie ihre Kraft aufzuzeigen. Viljoen ohne Vorha, De Wet und Delarey aber hätte nicht genug Rückhalt im Volke, — vor allem nicht bei den alten angesehenen "Voortrefferfamilien", —

## Feuilleton.

### Feierstunden.

Ein Jahr aus einem Leben.

Von Emil Roland.

Redaktion verneint.

Sein Werk, ihre Adresse noch weiter zu verschweigen, hand in dem Briefe.

Natürlich ließ Vorha sich in der nächsten Feierstunde vom Triester abdrücken, der ihn wie eine Trophäe Hans Sachs' beim Badischen Weißtzen überreichte, um die eine gespannte Atmosphäre sich verzehrte.

Die Plazmajourne wunderte sich sehr, daß Hans Sachs' trocken genügsame kräftige Sprüche schon vor dem "großen Triesther" wie in der Pension die plauderten, während sich auf dem Bühnen nichts tat.

Am Schreibbalken, auf dem Hausmanns Bild zwischen den Photo's lachender Männer stand, las er ihn, den Kopf in die Hand vergraben, mit einer ihm unbekannten Stimme.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte: es war das Einfühlungsvermögen, das ihm die Bühne so leicht und so fröhlich erscheinen ließ.

Was er dachte

um das Ständlein an der Woge führen zu können, und würde in führender Stellung notwendigerweise zum bloßen englischen Beamten werden.

### Deutsches Reich.

\* Leipzig, 5. März. In die Evangelischen in Leipzig richten der Vorstand des Zweigvereins des Evangelischen Bundes für Leipzig und Umgegend folgenden Aufruf:

Unzufriedenheit der in Aussicht gestellten Aufhebung von § 2 des Gesetzesgeges von 4. Juli 1872 hat die Evangelische Bund zur Bildung der deutsch-protestantischen Interessen für Leipzig und Umgegend in einer zu Zutherr Leibnitz vereinzelten, auf allen Kreisen der Bevölkerung bejähigen Bekanntmachung seines Protes gegen Bildungsauflösung der nicht ohne überwiegende Gründe aus dem Deutschen Reich ausgeschlossenen Gejüts zu erhöhen. Er erhält in Übereinstimmung mit den Schlußworten hierin eine drohende Gefahr für die Schaltung des konfessionellen Friedens, besonders aber für die Bewahrung unserer väterlandlichen geistlichen und liturgischen Güter. Er besorgt uns heißt, daß unter hohen Zeichen politischer Handelsgeschäfts zu Seite neuer acht gelasene werden sollen. Er richtet an alle Evangelischen der Stadt und Umgegend die dringende Bitte, daß seine Verstüttungen nicht ungestillt bleibe. Der Evangelische Bund arbeitet nicht im Gegenseit, sondern im Hand mit dem Sozial-Apolo-Gesetz. Nicht wenige Söhne des Bundes sind zugleich Söhne des Sozial-Apolo-Gesetzes. Während dieser Jahre Bereit vorliegend mit vollständiger Hilfe der Kunden- und Söhnen der evangelischen Interessen gefordert steht, ist es der Bund nicht mit seinem Brust und West, wie er denn auch bei der evangelischen Bewegung in Leipzig die Ausbildung von 80 katholischen Kreisen hat und für deren Bildung Sorge trägt. Der unzufriedene Vorstand wendet sich hiermit an alle Bewohner unserer Stadt und Umgegend, welche unseres Bundes noch nicht angehören, auf deren Zustimmung zu seinen evangelischen und nationalen Bestrebungen er aber rechnet. Das Zusammenschluß macht uns fast in allen gegenüber und kommt daher jetzt nicht zu sagen sei.

(geg.) Starke D. Kaiser, Vorsteher, Seiter L. Leichgräber,stellvertreterlicher Vorsteher, Buchhändler Stenz, Schreiner Kiechel, Buchdrucker D. Krieger, Kaufmann und Feinkostmeister Ernst Grätz. Zulänglich Dr. Giesel, Landgerichtsrat Dr. Ratzschmidt, Doctor D. Bleibhorn, Schuhmacher Dr. Scherfig, Pastor Sell, Professor Dr. H. Solz.

\* Berlin, 4. März. Gegen die Vertretung des Bundes der Bandwirte erheben heute die öffentlichen Verwaltungen, Polizei, Post, den Vorwurf, sie könne das Publikum und insbesondere die Bandwirte unmäßig in zweiter Linie. Es wird in den Provinzialversammlungen des Bundes des Auswesenden erzählt, im Wirtschaftlichen Auschusse sei ein lückenhafter Vorrat an Pappelkästen mit landeskundlichen Bollen vorgeschlagen und die Zustimmung der Regierung auf diesem Vorschlage in höherer Aussicht gesetzt worden, und zwar von „Allerböhmischer Stelle“. An dieser Erzählung ist richtig, daß der Wirtschaftliche Ausschuss die Aufstellung eines vollständigen Doppelarbeits- mit über die jüngsten Mindestsätze für Betriebe hinzuverlangten Minimalsätzen und verhältnismäßig hohe Minimalsätze für Bisch befürwortet hat. Dagegen ist die Ansage, daß dieses Urtheil die Zustimmung der Regierung gefunden habe oder daß die Zustimmung von den dazu zuständigen Stellen, sei es Reichsregierung, sei es verbündete Regierungen, in Aussicht gestellt sei, unzutreffend. Hier ist offenkundig der Befehl des Vaters des Gedankens gewesen. Er ist mals eine Erklärung dieses Indols abgegeben worden und es beruht daher auf freier Erfindung, daß innerhalb der Reichsregierung oder der verbündeten Regierungen späterhin der Wind umgedreht sei. Das zweite Hauptargument des Verteilung des Bundes der Bandwirte besteht in der Behauptung, daß nachdem von der Festlegung von Mindestsätzen für die Bisch alle Abstand genommen, diese als hauptsächlichste Komplikation abfällt, namentlich Russland gegenüber, dienstwürdige und demzufolge eine nemmende Verstärkung des Zollhauses für die heimische Bisch bei dem Abschluß neuer Handelsverträge nicht zu erhoffen wäre. Dabei wird fortwährend verschwiegen, daß bereits die Bisch in dem Regierungskabinett sehr viel höher normiert waren, als in dem jetzt geltenden autonomen Polarkreis, und daß mit Zustimmung der Regierung vom Reichstag sowohl nach der Art als nach der Höhe eine weitere beträchtliche Aenderung dieser Sätze beschlossen worden ist. Die Bisch des neuen Zollarbeits betrugen durchweg das Viertel von denen des jetzt geltenden autonomen Polarkreises. Selbst eine verhältnismäßig beträchtliche Herabstufung im Wege des Vertrages würde daher noch immer eine sehr bedeutende

Verstärkung des Zollhauses der heimischen Bisch erfordern. Es kommt aber auch in Betracht, daß in der beträchtlichen Höhe der Bisch des neuen autonomen Tarif ein sehr wirksamer Hebel für eine den Interessen unserer Bisch entsprechende Gestaltung der neuen Vertragshandelsverträge mit dem Auslande gewesen ist; denn die Gewalt des zunehmenden Auswandes von dem deutschen Markt wird für diejenigen Staaten, welche sich zu Handelsverträgen nicht bereit finden lassen, denen gegenüber demokratische der autonome Tarif Platz greifen werde, natürlich um so größer, je höher die Bisch dieses autonomen Tarif sind. Die Behauptung der Redner der Bundeleitung, daß infolge des Vertrages auf die Bindung der Bisch die deutsche Bandwirtschaft die Hoffnung auf die Verstärkung des Zollhauses für die Bisch aufgeben müsse, entbehrt der logischen Begründung und ist genau so, wie die unrichtige Darstellung der Bischgeschichte des Zollarbeits, lediglich auf Täuschung der nicht vollständig unterrichteten Mitglieder des Bundes der Bandwirtschaft in den Provinzen beruht.

Diesen Nachdenken gegenüber stehen die deutlichen Bisch der Bisch, gegen Bildungsauflösung der nicht ohne überwiegende Gründe aus dem Deutschen Reich ausgeschlossenen Gejüts zu erhöhen. Er erhält in Übereinstimmung mit den Schlußworten hierin eine drohende Gefahr für die Schaltung des konfessionellen Friedens, besonders aber für die Bewahrung unserer väterlandlichen geistlichen und liturgischen Güter. Er besorgt uns heißt, daß unter hohen Zeichen politischer Handelsgeschäfts zu Seite neuer acht gelasene werden sollen. Er richtet an alle Evangelischen der Stadt und Umgegend die dringende Bitte, daß seine Verstüttungen nicht ungestillt bleibe. Der Evangelische Bund arbeitet nicht im Gegenseit, sondern im Hand mit dem Sozial-Apolo-Gesetz. Nicht wenige Söhne des Bundes sind zugleich Söhne des Sozial-Apolo-Gesetzes. Während dieser Jahre Bereit vorliegend mit vollständiger Hilfe der Kunden- und Söhnen der evangelischen Interessen gefordert steht, ist es der Bund nicht mit seinem Brust und West, wie er denn auch bei der evangelischen Bewegung in Leipzig die Ausbildung von 80 katholischen Kreisen hat und für deren Bildung Sorge trägt. Der unzufriedene Vorstand wendet sich hiermit an alle Bewohner unserer Stadt und Umgegend, welche unseres Bundes noch nicht angehören, auf deren Zustimmung zu seinen evangelischen und nationalen Bestrebungen er aber rechnet. Das Zusammenschluß macht uns fast in allen gegenüber und kommt daher jetzt nicht zu sagen sei.

— Eine Audienz beim Kriegsminister v. Göttert hatte Geheimer Rat Eßler, um im Namen des deutschen Veterinärrates eine Abrede aus Auslaß der bewilligten Materialität für das Tierkraut zu überreichen. Der Minister bestätigte, daß er sich mit der Veränderung der Verordnung einverstanden erklärte, obwohl die Zustimmung der Reichsregierung durchaus befürbzig gewesen sei, er also seinerzeit zu Aenderung keine Veranlassung gehabt habe. Im Uebrigen ließ der Minister erkennen, daß weitgehende Veränderungen namentlich auch hinsichtlich der heutigen Militärrechtspraxis würden eintreten müssen, die jedoch noch nicht spruchfrei seien. Gegenüber einer Neuerung des militärischen Rechts und der Bisch bestätigte der Kriegsminister, er habe keinen Zweifel, daß künftig Einjährig freiwillige angenommen werden würden, obwohl andere

Legt nicht zu sagen sei.

— Von einem jüdischen Tod wurde gestern vormittag auf offener Straße der Berliner Geheimen Oberstaatsrat Heller, vorzettende Rat im preußischen Finanzministerium, erschoss. Der Minister bestätigte, daß er sich mit der Veränderung der Verordnung einverstanden erklärte, obwohl die Zustimmung der Reichsregierung durchaus befürbzig gewesen sei, er also seinerzeit zu Aenderung keine Veranlassung gehabt habe. Im Uebrigen ließ der Minister erkennen, daß weitgehende Veränderungen namentlich auch hinsichtlich der heutigen Militärrechtspraxis würden eintreten müssen, die jedoch noch nicht spruchfrei seien. Gegenüber einer Neuerung des militärischen Rechts und der Bisch bestätigte der Kriegsminister, er habe keinen Zweifel, daß künftig Einjährig freiwillige angenommen werden würden, obwohl andere

Legt nicht zu sagen sei.

— Der vorletzte Beratung des Staats für die Reichs-Zollverwaltung hat der Abg. Dr. v. Djembowitsch-Pomian mit Unterstützung der polnischen Fraktion den Antrag im Reichstage eingebracht: die verbindlichen Regelungen zu erlassen, die Bandwirte gegen Bildungsauflösung zu verstoßen, bei Eintragung der Familiennamen weiblicher Personen, den von der Kommission unter Zustimmung der Regierungserkette einstimmig festgestellten Grundzüg, sobald der Abg. v. Djembowitsch-Pomian den Unterricht des B. G. B. (jetzt § 1616 des Gesetzes) weiter die Frau und Tochter eines polnischen Vaters hindere, den Namen ihres Vaters mit der Endung „a“ zu führen, noch auch den Standesbeamten hindere, den Namen in dieser Form in die Standesregister einzutragen, und weniger aber dem Standesbeamten einen Recht gäbe, die Eintragung des Namens auf „a“ abzulehnen, — durchweg durchzuführen und etwaige mit diesen Grundzügen in Widerpruch stehende Ausordnungen in den Particularstaaten aufzuheben.

— Die „Rhein. Korresp.“ schreibt: Die gestrigen Regungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Prinz zu Schönau-Carolath auf Einführung einer Webstube zur Deckung der Kosten der Invaliden- und Veteranenfürsorge bei der sehr bevorstehenden Schließung des Invalidenfondes haben das Interesse der weitesten Kreise erregt. Hält diese Frage jetzt an den Reichstag herangetragen sollte, würde er jedenfalls nicht mehr einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt einnehmen.

— Die Bisch in Charlottenburg haben die Bisch zu einer Aussprache über ihre Förderungen auf frischlied Gebiete denkt und beschlossen, die Erfüllung folgender Wünsche nachdrücklich zu erläutern: Polnische Vormittagszeitung mindestens 14 Tage, Befreiung des Singend polnischen Kirchenlieder, polnische Trauungen, Taufen und Beißungen, fröhlicher Unterricht der Kinder in polnischer Sprache.

— Zur Förderung der Unfallverhütung für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist auf Antrag des Reichs-Berichterstattungskommissariates eine Kommission gebildet, welche die Aufgabe verfolgt, unter Beziehung landwirtschaftlicher Sachverständiger und unter dem Beirat von Beratern des Reichs-Berichterstattungskommissariates Normalvorschriften auszuarbeiten, die den landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften als Grundlage für weitere Unfallverhütungsmaßnahmen dienen sollen. Die Kommission hat bereits mit ihren Beratungen begonnen.

— Allgemeine Betriebsvorschriften für Straßenbahnen mit Maschinenbetrieb will der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten erlassen. Einige Sachverständige sind bereits um Vorschläge ersucht worden, und in März sollen in einer Konferenz die Grundzüge für die Vorstellen festgelegt werden.

vielleicht unter gewissen Bedingungen doch lieber blieben, so hätte ich einen Vorschlag zu machen.“

„Ach?“  
„Es ist doch nichts Neues, das Vaterland so sitzt Jahre zu verlassen, mit einer Fremden in die Fremde zu geben... Wenn Sie sich nun zum Beispiel im Vaterland verstreuen?“

„Sie wurde immer erstaunter. „Und mit wem?“ fragte sie verblüfft.

„Ach, — mit jemand, der im Stande wäre, Ihnen ein recht gutes „sort“ zu bieten. Vergeben Sie, daß ich einmal in Ihre Privatangelegenheiten eingedrungen bin... aber ich weiß, Sie sind kein Eros, und haben es nicht leicht, sich durchzuschlagen.“

„Ich verstehe Sie wirklich nicht! Sie tauchen da plötzlich in Wien auf und machen mir auch blaue Auge-Vorschläge, die flingen, — nun, ich will nicht sagen, wie! Was steht dahinter? Sie haben mir im letzten Winter öfter geschrieben, daß Sie nichts ohne Zweck tun.“

„Nein, das tut ich auch nicht“, sagte er und beugte sein knochenhafte Kinn an ihr über, mit einem betrübt hälfte Ausdruck, der all die sonstige Geduld zu verleugnen scheint, „ich sage das alles nur, um zu bitten, ob vielleicht ich selbst es mögen dürfte, Ihnen jenes „sort“, von dem ich sprach, anzubieten.“

„Sie sprang hastig auf. Er ebenso. So standen sie Eng in Nähe vor den Flammen des Kamins.

Gänzlich kalt und verrostet schwante sie ihn an. Und mit einem Male fühlte sie es wie eine Verzweiflung, daß all ihr eifersüchtiger Eros von ihr abfiel, daß er ihr gleichgültig war — weiter nichts.

Und sie schüttete den Kopf und lächelte leise. „Wich verlangt noch jemand anders „sort“ als dem, das ich mir selbst zurechtmache“, sagte sie mit Nachdruck.

Er trat mit der sogenannten Stefelette seines rechten Fußes nervös auf die Marmorfliese, dann ließ er durch das Gemach.

„Es ist Umsatz für jemand wie Sie, sich drei Jahre in Japan zu degradieren!“ rief er. „Was wollen Sie da? Ich ist und unkomfortabel und langweilig dazu. Ich halb für Monaten.“

„Das sieht Ihnen frei.“

„Und wenn Sie wiederkommen, was werden Sie dann tun?“

„Weiter arbeiten, wie bisher.“

„Arbeiten und sich einschränken und sich abplagen! Ich kann das ein Genuss!“ Und er trat vor sie hin und hand da im vollen Bewußtsein seines guten „sorts“ — er, der es so leicht hatte im Leben.

„Ja“, entgegnete sie, „wohl ja es ein Genuss — sobald man in seinem Dasein ein paar Erinnerungen hat, die so wertvoll sind, wie die meinen an Hausmann.“

„Aber von dem haben Sie doch nichts mehr! Er ist doch tot.“

Sie schüttelte den Kopf. „Gerade weil er tot ist, habe ich ihn nie wieder. Jetzt können auch Sie ihm nicht mehr nehmen. Das Bewußtsein allein ist Böse.“

„Sie haben mich gehört?“ fragte er. „Sie waren doch eifersüchtig auf mich?“

„Ja“, rief er, „Eifersucht, und noch gestern war ich's und heute noch! Aber jetzt nicht mehr und nie wieder... denn ich weiß, ich besiege Sie mehr als Sie, ich vertrüne Ihnen keine Erinnerungen zu hören. Da, ich bin leider als Sie trug Ihren Mantel und meiner Armut. Für Sie war die Beziehung zu ihm doch nichts als ein Mittel, Überzeugung zu entziehen.“

„Ja“, sagte er, „ja, ja! Aber ein Mann darf eben anders als Frauen denken. Männer sind ehrgeizig. Unter Umständen verzehrt der Ehrgeiz sie...“

Und plötzlich, während er sprach, ließ sein Blick auf die Staffelei, von der das Kirchenbild des heiligen Siemers Dom in welchen und doch leuchtenden Farben in den dümmlichen Saal hineinguckte. Und fast wie Reid überfam es ihn auf das Bilden dieses Mädchens, daß es so blau und schlicht neben seiner Arbeit stand. Er wußte: Sie braucht vermehrt, auf das sein ohnmäßiges Streben hinzuweisen, und von einer plötzlichen Idee erfaßt, rief er aus:

„Helene, sagen Sie mir eins: was wollen Sie mit Ihren Erinnerungen an Hausmann machen? Sie werden Sie doch noch einmal verwenden.“

„Sie lag ihm fast herzlos da.“

„Nicht gleich. Ich habe Ihnen noch etwas zu sagen. Eigentlich nicht Ihnen. Aber irgend einem Menschen überbrück.“

„Sie trug das über die Schulter.“

„Jemand habe ich immer begriffen — den großen Kaufmann nämlich, der, ungerührt um das Malo Gold und Könige zum Schimpfe, seine Werke dem kleinen Meere wieder gab, zu höh, sie unter ihrem Werke lockzuschlagen.“

„Er war wahnsinnig“, sagte Hans Buch.

— Mit Rücksicht auf den gemeinnützigen Zweck der öffentlichen Stellen für unvergessliche Arbeitsaufgaben wird an die weiblichen Personen der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten genehmigt, daß in den Frauensälen der Personennagazin 4. Maist je ein Ausgang unentgeltlich zugelassen wird, aus welchem die Kreisverwaltung der Bisch direkt an die Bisch beauftragt werden soll, welche für diejenigen Stellen, welche sich zu Handelsverträgen nicht bereit finden lassen, denen gegenüber demokratische der autonome Tarif Platz greifen werde, natürlich um so größer, je höher die Bisch dieses autonomen Tarif sind. Die Behauptung der Redner der Bundeleitung, daß die Bindung der Bisch die deutsche Bandwirtschaft der Bisch aufgeben müsse, entbehrt der logischen Begründung und ist genau so, wie die unrichtige Darstellung der Bischgeschichte des Zollarbeits, lediglich auf Täuschung der nicht vollständig unterrichteten Mitglieder des Bundes der Bandwirtschaft in den Provinzen beruht.

— Für die preußischen Kriegsvereine soll vom Minister des Innern vor einer Zeit neue Normalzulagen festgesetzt und genehmigt werden. Nach einer neuen Entscheidung soll die Annahme dieser Säulen nur noch nach beweislich und indirekter Art von den beteiligten Kriegsvereinen verlangt werden, die sich neu bilden oder die nach eigenen Einschätzungen zu einer Wänderung ihrer Säulen entschließen.

— Der Vorstand einer Anzahl von Schneiderinnungen zum Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat die Frage Verabschiedung gegeben, ob dieser Schritt als gesetzlich zulässig angesehen sei. Der Handelsminister, der Bisch der Bisch, legt die Annahme dieser Säulen zu, welche sich in der Bisch der Bisch bestätigt hat.

— Von einem jüdischen Tod wurde gestern vormittag auf offener Straße der Berliner Geheimen Oberstaatsrat Heller, vorzettende Rat im preußischen Finanzministerium, erschoss. Der Minister bestätigte, daß er sich mit der Veränderung der Verordnung einverstanden erklärte, obwohl die Zustimmung der Reichsregierung durchaus befürbzig gewesen sei, er also seinerzeit zu Aenderung keine Veranlassung gehabt habe. Im Uebrigen ließ der Minister erkennen, daß weitgehende Veränderungen namentlich auch hinsichtlich der heutigen Militärrechtspraxis würden eintreten müssen, die jedoch noch nicht spruchfrei seien. Gegenüber einer Neuerung des militärischen Rechts und der Bisch bestätigte der Kriegsminister, er habe keinen Zweifel, daß künftig Einjährig freiwillige angenommen werden würden, obwohl andere

Legt nicht zu sagen sei.

— Von einem jüdischen Tod wurde gestern vormittag auf offener Straße der Berliner Geheimen Oberstaatsrat Heller, vorzettende Rat im preußischen Finanzministerium, erschoss. Der Minister bestätigte, daß er sich mit der Veränderung der Verordnung einverstanden erklärte, obwohl die Zustimmung der Reichsregierung durchaus befürbzig gewesen sei, er also seinerzeit zu Aenderung keine Veranlassung gehabt habe. Im Uebrigen ließ der Minister erkennen, daß weitgehende Veränderungen namentlich auch hinsichtlich der heutigen Militärrechtspraxis würden eintreten müssen, die jedoch noch nicht spruchfrei seien. Gegenüber einer Neuerung des militärischen Rechts und der Bisch bestätigte der Kriegsminister, er habe keinen Zweifel, daß künftig Einjährig freiwillige angenommen werden würden, obwohl andere

Legt nicht zu sagen sei.

— Der Vorstand einer Anzahl von Schneiderinnungen zum Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat die Frage Verabschiedung gegeben, ob dieser Schritt als gesetzlich zulässig angesehen sei. Der Handelsminister, der Bisch der Bisch, legt die Annahme dieser Säulen zu, welche sich in der Bisch der Bisch bestätigt hat.

— Der Vorstand einer Anzahl von Schneiderinnungen zum Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat die Frage Verabschiedung gegeben, ob dieser Schritt als gesetzlich zulässig angesehen sei. Der Handelsminister, der Bisch der Bisch, legt die Annahme dieser Säulen zu, welche sich in der Bisch der Bisch bestätigt hat.

— Der Vorstand einer Anzahl von Schneiderinnungen zum Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat die Frage Verabschiedung gegeben, ob dieser Schritt als gesetzlich zulässig angesehen sei. Der Handelsminister, der Bisch der Bisch, legt die Annahme dieser Säulen zu, welche sich in der Bisch der Bisch bestätigt hat.

— Der Vorstand einer Anzahl von Schneiderinnungen zum Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat die Frage Verabschiedung gegeben, ob dieser Schritt als gesetzlich zulässig angesehen sei. Der Handelsminister, der Bisch der Bisch, legt die Annahme dieser Säulen zu, welche sich in der Bisch der Bisch bestätigt hat.

— Der Vorstand einer Anzahl von Schneiderinnungen zum Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat die Frage Verabschiedung gegeben, ob dieser Schritt als gesetzlich zulässig angesehen sei. Der Handelsminister, der Bisch der Bisch, legt die Annahme dieser Säulen zu, welche sich in der Bisch der Bisch bestätigt hat.

— Der Vorstand einer Anzahl von Schneiderinnungen zum Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat die Frage Verabschiedung gegeben, ob dieser Schritt als gesetzlich zulässig angesehen sei. Der Handelsminister, der Bisch der Bisch, legt die Annahme dieser Säulen zu, welche sich in der Bisch der Bisch bestätigt hat.

— Der Vorstand einer Anzahl von Schneiderinnungen zum Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat die Frage Verabschiedung gegeben, ob dieser Schritt als ges











